

Soziologische Analyse der Situation deutscher Studierender¹

Von Maria del Pilar Lipperheide Gana

Maria del Pilar Lipperheide Gana, geb. 1969 in Guecho, Spanien. 1987-1994 Studium der Soziologie an der Universität Bielefeld mit dem Praxisschwerpunkt Soziale Probleme und Problemintervention. Seitdem ehrenamtlich in der AGG engagiert. Im 1. Halbjahr 1995 in der ksg Göttingen tätig; seither freiberufliche Arbeit in der Erwachsenenbildung.

AbiturientInnen müssen sich zwischen der Aufnahme eines Studiums und der Wahl einer Berufsausbildung entscheiden. Die Entscheidung hängt nicht nur von den individuellen Fähigkeiten und Interessen ab, sondern auch von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den zu erwartenden Förderungen.

In diesem Beitrag soll versucht werden, anhand der Daten aus der XIV. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes die Situation deutscher Studierender zu veranschaulichen.

Im folgenden Teil soll geprüft werden, ob in einem Zusammenspiel von persönlichen bzw. familiären Ressourcen mit staatlichen Förderungsmöglichkeiten die Studierenden die Möglichkeit haben, sich auch unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses ihren individuellen Fähigkeiten gemäß zu qualifizieren. Hierbei sind auch die Infrastrukturangebote der unterschiedlichen Universitätsstädte zu berücksichtigen, da diese oft als sozialer Katalysator wirken und somit eine soziale Präselektion bei der potentiellen Studentenschaft bewirken.

1 Basierend auf den Daten der XIV. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland-XIV. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Bonn, 1995.

1 Chancengleichheit in der Bildungsbeteiligung?

Basierend auf der Annahme, daß die ungleiche Beteiligung der unterschiedlichen sozialen Gruppen am Bildungsangebot nicht durch die individuellen Fähigkeiten bedingt wurde, sondern vielmehr ein Ergebnis der unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen war (z.B. ökonomische, soziale und kulturelle Situation im Elternhaus) und daß das geltende Bildungssystem diesen Auslesemechanismus nur verstärkte, wurden Mitte der sechziger Jahre weitreichende Reformen im bundesdeutschen Bildungssystem angestrebt und durchgeführt.

Die Frage nach der Chancengleichheit ist immer noch aktuell. Es ist zwar nicht möglich, die Wirkung der Reformen im Bildungssystem unabhängig von einer Analyse der allgemeinen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu prüfen; immerhin hängt die Bildungsbeteiligung auch von konjunkturellen Schwankungen, der Situation des Arbeitsmarktes, der Verwertbarkeit der Bildungsabschlüsse für den persönlichen Lebensentwurf und der gesellschaftlichen und individuellen Wertschätzung von Bildung ab. Auch ohne solche eine umfassende Analyse, die hier nicht zu leisten ist, lassen sich bestimmte Entwicklungstendenzen feststellen.

Anhand der Daten läßt sich feststellen, daß die geschlechtsspezifischen Unterschiede bezüglich der Studienneigung in den letzten Jahren immer geringer werden. Zwar lag 1993 der Anteil der Frauen, die sich für ein Studium entschlossen, mit 28,2% über sieben Prozentpunkte unter dem Männeranteil, was aber am niedrigeren Ausgangsniveau bei den Frauen mit 18,1% gegenüber den Männern mit 25,4% im Jahr 1982 liegt. Somit läßt sich eine geschlechtergleiche Entwicklung an der Studienbeteiligung feststellen.

Auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich erst bei der Wahl der Hochschulart. Während bei den Männern in den letzten Jahren der Anteil an den Fachhochschulen immer gestiegen ist und die Entscheidung für eine Hochschule leicht zurückgeht, steigt bei den Frauen stetig ihre Studienentscheidung für eine Hochschule. Während sich die Studienbeteiligung der Frauen und Männer an Hochschulen immer mehr angleicht und kaum noch geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind, verhält es sich bei der Studienbeteiligung an Fachhochschulen anders. Hier

Soziologische Analyse

steigt zwar auch der Frauenanteil konstant, bleibt aber mit 7,4% sieben Prozentpunkte unter dem Männeranteil. Allerdings läßt sich dieses Phänomen zum Teil mit den an Fachhochschulen oft vorherrschenden technischen Studiengängen erklären.

Während die obengenannten Daten für die alten Länder repräsentativ sind, kann in den neuen Bundesländern eine andere Entwicklung beobachtet werden: Dort liegt zwar die Studienbeteiligung unter dem Prozentsatz der alten Länder, geschlechtsspezifische Unterschiede aber sind kaum feststellbar. Während sich bei den Männern 11,6% für ein Studium an der Hochschule entscheiden, sind es bei den Frauen 13,4%; für ein Studium an der Fachhochschule entscheiden sich 9,8% der Männer und 8% der Frauen.

Während die sozio-kulturellen Entwicklungen, aber auch die Reformen im Bildungsbereich geschlechtsspezifische Unterschiede weitgehend ausräumen konnten, sieht das bei der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung anders aus. Die vorliegenden Daten bestätigen zwar eine kontinuierliche Steigerung der ökonomisch und soziokulturell schwächeren Gruppen sowie der anderen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland, dennoch bleibt der Anteil an Studienanfängern aus Arbeiterfamilien bei 15,1%, wobei hierbei die Entscheidung zwischen Fachhochschule und Hochschule fast gleich verteilt ist, mit nur einem leichten Übergewicht von 0,7% für die Fachhochschulen.

Demgegenüber stehen die Selbständigenfamilien, aus denen sich 47,7% für ein Studium entscheiden, wobei auch hier eine Annäherung zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudium besteht. Weiterhin ist interessant zu betrachten, daß sich 64,8% der aus Beamtenfamilien stammenden Kinder für ein Studium entscheiden, hier mit klarer Mehrheit für ein Universitätsstudium. Entgegen allen Entwicklungen zeigt sich allerdings das Verhalten der Kinder aus Angestelltenfamilien, bei denen sich ein stark rückläufiger Prozentsatz für ein Studium entscheidet. Waren es 1992 41,1%, betrug ihr Anteil 1993 nur 37,3%. Besonders rückläufig ist aber hierbei ihre Entscheidung bezüglich des Besuches einer Fachhochschule.

Trotz all dieser Daten, die auf eine ungleiche Bildungsbeteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hindeuten, ist die Beantwortung der Frage, ob in der Bundesrepublik Chancengleichheit bezüglich der Bildungsbeteiligung besteht, eine durchaus komplexe Aufgabe. Diese ungleiche Bildungsbeteiligung ba-

siert nämlich einerseits doch auf ungleichen finanziellen Ressourcen, andererseits aber auch auf unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen. Auf die Problematik der ungleichen finanziellen Ressourcen soll im folgenden Teil dieses Beitrages eingegangen werden.

2 Studiensituation

Die Entscheidung zu einem Studium ist ein komplexer Prozeß, der sowohl von Sozialisationsbedingungen und individuellen Neigungen, externen Faktoren wie Zulassungsbeschränkungen oder Heimatnähe des Studienortes als auch der Einschätzung der späteren Berufschancen beeinflußt wird.

Haben AbiturientInnen erst eine Studienentscheidung getroffen und auch einen Studienplatz erhalten, kommen neue Probleme wie z.B. Zeitgestaltung, Finanzierung, Wohnprobleme, Heimatfahrten usw. auf sie zu.

Bezüglich des Zeitaufwandes, den ein Studium verlangt, zeigen sich Ähnlichkeiten zwischen den Studierenden und der erwerbstätigen Bevölkerung. Studierende bringen auch ca. sieben Stunden täglich für ihr Studium auf und zeigen einen ähnlichen Wochenrhythmus wie die erwerbstätige Bevölkerung. Allerdings zeigt sich am Freitag ein starker Rückgang der Seminarveranstaltungen bzw. Vorlesungen. Dagegen arbeiten aber Studierende sehr häufig auch am Wochenende im Selbststudium.

Bei der Frage nach dem Zeitaufwand konnte festgestellt werden, daß das Zeitbudget bezüglich des Studiums sehr abhängig von einer etwaigen Erwerbstätigkeit und dem dafür erforderlichen Zeiteinsatz ist. Somit wird eine finanzielle Absicherung bzw. der finanzielle Rückhalt zu einem ganz entscheidenden Faktor für den Studienverlauf. Die XIV. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zeigt hier deutlich, daß „der schrittweise Rückgang des Studienaufwandes immer gepaart ist mit einer schrittweisen Zunahme des Zeitaufwandes für Erwerbstätigkeit.“ Dies gilt gleichermaßen für die alten wie die neuen Bundesländer. Statt durchschnittlich sechs Wochenstunden im Jahr 1989 verwendete 1994 ein Studierender in den alten Bundesländern acht Wochenstunden für Erwerbstätigkeit. In den neuen Bundesländern betrug der Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit 1991 zwei , 1994 dagegen fünf Wochenstunden. Hierzu muß noch erwähnt werden, daß mehr als 50% der Studierenden, die während des Studiums einer Erwerbstätigkeit nachgingen,

Soziologische Analyse

in einer studienfremden Tätigkeit beschäftigt waren. Noch kann von einer Studentenschaft geredet werden, von der ein Großteil (70,4% in den alten Ländern; 78,5% in den neuen Bundesländern) einem Vollzeitstudium mit geringen Erwerbsbelastungen nachgehen kann. Trotzdem wird in den letzten Jahren die Anzahl der Studierenden, die versuchen einem Vollzeitstudium gerecht zu werden, jedoch unter einer hohen Erwerbsbelastung stehen, immer höher; ihr Anteil betrug 1994 in den alten Ländern 12,0%, in den neuen Ländern nur 8,6%. Insgesamt ist eine Anpassung der neuen Bundesländer an die alten Länder zu verzeichnen.

Wie dargelegt, bestimmt die finanzielle Grundlage zum Studium weitestgehend den Verlauf, aber auch die (Nicht-)Aufnahme eines Studiums.

Nach deutschem Recht ist es Pflicht der Eltern, den Kindern eine Ausbildung entsprechend ihrer Begabung zu finanzieren. Der Gesetzgeber hat durch unterschiedliche Hilfestellungen versucht, den Familien bei der Erfüllung dieser Pflicht zu helfen. Dies geschieht z. B. durch Steuerfreibeträge, Kindergeld oder durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz. Somit sollen im Idealfall durch die Eltern und mit der ergänzenden Hilfe des Staates finanzielle Bedingungen geschaffen werden, die den Studierenden ein ungehindertes Studium möglich machen. Trotzdem gibt es immer mehr Studierende, die erwerbstätig sein müssen.

Betrachtet man die neuen Daten, so muß man feststellen, daß die finanziellen Zuwendungen durch Familie und Bafög in der Regel nicht ausreichend sind und sich die Mehrheit der Studierenden durch eigene Erwerbstätigkeit helfen muß.

Hinzu kommt, daß die Baföghilfe für Studierende auch von Leistungsnachweisen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vorzulegen sind, abhängen. In den ersten Semestern wirkt sich dies kaum auf das Studienverhalten aus. Doch für Studierende, die sich in höheren Semestern befinden und für die eine gesicherte Finanzierung zur Bewältigung des Studiums besonders wichtig ist, hat diese Strukturierung der Baföghilfen besonders negative Folgen. Dies betrifft auch Studierende, die ihre Studienentscheidung relativ spät revidiert haben. Hiervon sind vor allem Studierende betroffen, die aus den unteren gesellschaftlichen Gruppen stammen und mit einer elterlichen Sockelfinanzierung nicht rechnen können.

Das Einnahmebudget läßt sich dementsprechend folgendermaßen darstellen:

Von den Eltern werden 48% der monatlichen Einnahmen der Studierenden aufgebracht. Diese Proportion war im Zeitraum 1982–1994 recht konstant geblieben. Ganz im Gegensatz dazu steht eine Finanzierung durch Bafögmittel. Bafögmittel machten 1994 nur 13% der monatlichen Einkommen der Studierenden aus, d.h. im Vergleich zu 1991 schon vier Prozentpunkte weniger. Vergleicht man diese Daten mit denen von 1982, kann festgestellt werden, daß der Anteil von Bafögmitteln an den insgesamt verfügbaren Einnahmen fast halbiert worden ist. Dies steht in engem Zusammenhang mit der Bafög-Novelle von 1990. Hinzu kommt der Anteil, der durch eine Selbstfinanzierung möglich wird. Hier konnte festgestellt werden, daß die Selbstfinanzierung 28% der Gesamteinnahmen ausmacht und seit 1982 stetig gewachsen ist.

Für die neuen Bundesländer gilt eine ähnliche Entwicklung, wobei der Untersuchungszeitraum aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Umstände viel enger gefaßt werden mußte. Noch 1991 waren Bafögmittel die Hauptfinanzierungsquelle (60%), was sich aber bis 1994 sehr stark wandelte (28%). Demgegenüber steht die Entwicklung bei der elterlichen Unterstützung, die im selben Zeitraum von 23% auf 46% hochschnellte. Ähnlich zeigt sich auch die Entwicklung bei der Selbstfinanzierung, die 1991 nur 6% der Gesamteinnahmen ausmachte, 1994 aber bereits 17%. „Die derzeitige Struktur der Studienfinanzierung in den neuen Ländern entspricht in etwa der Struktur, die 1982 in den alten Ländern galt.“

Hierbei gilt es zu berücksichtigen, daß Studierende 34% ihres gesamten Ausgabebudgets nur für Wohnkosten aufbringen müssen.

Vergleicht man die Mietausgaben von 1991 mit denen von 1994, kann man beobachten, daß sich die Mieten um ca. 20% erhöht haben, obwohl der Preisindex für Wohnungsmieten und Energie nur um 13,4% gestiegen ist.

Hierbei muß als weiterer wichtiger Faktor die Größe des Studienortes betrachtet werden. Es läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Größe des Hochschulortes und der Höhe der Mieten feststellen.

Interessant ist, daß Geförderte die Wohnform der Wohnheime stark vorziehen. Dies mag zum einen mit der Mietpreisentwicklung in den größeren Universitätsstädten zusammenhängen, zum anderen auch mit der Bafögregelung, nach der nur 300 DM Wohnzu-

Soziologische Analyse

schuß gewährt werden können, was auf dem freien Wohnungsmarkt sehr oft überschritten wird. Die Mehraufwendungen für Miete müßten dementsprechend aus freier Erwerbstätigkeit kommen. Dies wird auch deutlich, wenn betrachtet wird, „daß 69% der Geförderten, die in einer eigenen Mietwohnung leben, erwerbstätig sind, während der entsprechende Anteil unter den Wohnheimbewohnern und Untermietern bei 56% liegt.“

Betrachtet man diese Daten, kommt man zum Schluß, daß zwar mit den staatlichen Hilfen wie Steuerfreibeträgen und Bafög Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden, wobei jedoch diese Hilfen viel zu oft nicht realitätsgemäß zugemessen werden. Durch die strenge Regelung bezüglich der Leistungsnachweise ist es zudem vielen Studierenden gerade in den letzten Semestern aufgrund einer Erwerbstätigkeit oft nicht möglich, dem Studium in einer Vollzeitform nachzugehen.

Diese Daten beziehen sich hauptsächlich auf „NormalstudentInnen“. Diese definieren sich darüber, daß sie ledig sind, keine Kinder erziehen, nicht in der elterlichen Wohnung leben und unter keiner chronischen Krankheit leiden, die sie in ihrem Studium behindert. Durch die Kürze des Beitrages konnte ich leider nicht auf Minderheitengruppen eingehen, deren Lage an den Hochschulen sicherlich nicht einfacher aussieht als die der sog. „normalen Studierenden“. Auch auf den Bezug zu ausländischen Studierenden mußte verzichtet werden, da dies eine sehr komplexe Thematik ist, die zu behandeln den Rahmen dieses Beitrages überschritten hätte.